Mit wohlwollender Verwunderung nehmen wir, die Landesfachgruppe BBS der GEW und der Vorstandsbereich Berufliche Bildung & Weiterbildung, Kenntnis von der Pressemeldung vom 27.12.2016 der neuen Bildungsministerin Dr. Hubig („Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen so gut wie noch nie.“).

Wir freuen uns ausdrücklich, dass die Ministerin es für wichtig erachtete, noch zum Ausklang des Jahres 2016, eine eigens den Berufsbildenden Schulen gewidmete Veröffentlichung zu publizieren. Die außerordentlichen Leistungen der BBS werden darin gesehen und gewürdigt.

Es seien die Berufsbildenden Schulen, die primär mit den gesellschaftlichen Herausforderungen unseres Landes konfrontiert würden. Diese sind, wie richtig erkannt, die duale Ausbildung mit dem Ziel der Fachkräftesicherung und auch die Nachqualifizierungsaufgabe in einer Arbeitswelt des lebenslangen Lernens. Es ist aber aktuell auch die immense Aufgabe der sprachlichen und beruflichen Integration der Geflüchteten.

So weit, so einig, sind wir mit Dr. Hubig.

Wo sich unsere Sichtweisen jedoch erheblich unterscheiden, sei auch gesagt:

Es stimmt, dass aufgrund der notwendigen Einrichtung und Aufstockung von BVJS’en die Schülerzahl im Kontext der Aufnahme von Geflüchteten relativ stabil gehalten werden konnte. Dieser wahrscheinlich nur temporäre Zustand verdeckt somit den regional massiven Rückgang an Schülerzahlen in diversen Wahlschulangeboten. Dieser Rückgang ist nur zum Teil dem demographischen Wandel geschuldet, sondern vornehmlich der Etablierung konkurrierender Schulangebote wie der RS+ mit Fachoberschule.

Minsterin Dr. Hubig betont die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. Das entspricht auch unserer Überzeugung. Es ist uns aber auch wichtig hervorzuheben, dass die Berufsbildende Schule Vollzeitschulformen, wie das berufliche Gymnasium anbietet, die darüber hinaus schon berufliche Inhalte integrierend auf eine akademische und professionelle Karriere vorbereiten. Die berufliche Oberstufe an Gymnasien und BOSI und II sind ein Pfeiler gelebter Bildungsgerechtigkeit aufgrund der vielfältigen Zugangswege. Diese wichtige Funktion und gesellschaftliche Relevanz muss viel stärker gesehen und propagiert werden. Es sind diese Schulformen, denen es gelingt, Jugendliche an Wirtschaft und Handwerk heranzuführen und für einen direkten Übergang in Wege beruflicher Qualifikation zu interessieren. Gerade diese Schülerschaft ist es, die den drohenden Fachkräftemangel ausgleichen kann.

Insofern kritisiert die GEW, dass die Schuldenbremse und beispielsweise die in ihrem Windschatten propagierte Reform der HBF ein Übriges tut, um ausgerechnet die BBSen über Gebühr an der Einsparung von Lehrerstellen in die Pflicht zu nehmen.

Die Ministerin spricht von der Übernahme 139 neuer Lehrkräfte in den Schuldienst an Berufsbildenden Schulen. Das ist zu begrüßen, negiert aber durch Verschweigen die Problematik, geeignete Lehrkräfte für den BBU zu gewinnen. Sollte das massive Fehlen von originären Berufsschullehren nicht behoben werden, so blutet diese Schulform von innen aus und kann ihrem Auftrag innerhalb des Dualen Systems nicht mehr gerecht werden!

**Daniela Bartkus-Börder**